

Es gilt das gesprochene Wort!

Hinweis: Diese Rede kann hier als Video abgerufen werden:
<http://www.landtag.ltsh.de/aktuelles/mediathek>

LANDTAGSREDE – 22. September 2021

Kai Vogel

Zu den besonderen Hobbys der Landesregierung gehört es, dass immer wieder eine neue Kampagne gestartet wird

TOP 15: Schuljahr des Ehrenamtes 2021/2022 für Schülerinnen und Schüler

„Zu den besonderen Hobbys der Landesregierung gehört es, dass immer wieder eine neue Kampagne gestartet wird, ohne die vorhergehende überhaupt wahrnehmbar angefangen oder abgeschlossen zu haben. Da hatten wir 2019 das „Jahr der politischen Bildung“. Das einzig Wahrnehmbare waren hier die DialogP-Veranstaltungen, die aber immer noch weiterlaufen. Somit hat das Jahr der politischen Bildung von 2019 nach 2,5 Jahren irgendwie noch keinen Abschluss gefunden. 2020 dann das „Jahr der Bildung für nachhaltige Entwicklung“ das hat aber irgendwie nie so richtig begonnen oder es hat einfach niemand bemerkt. Die Schulen, mit denen ich gesprochen hatte, kannten es jedenfalls nicht.

Unser heißester Tipp für 2021 war das „Jahr der Entrepreneurship Education“. Nun ist es stattdessen das Ehrenamt geworden und es ist an Ihnen, nun etwas daraus zu machen. Schöne Reden der Ministerin und der Koalition sind das eine, doch ob es Ihnen gelingt ein ausgerufenes Jahr mit einem wohlklingenden Titel mit Leben zu füllen, lässt uns in Spannung verharren.

Es ist völlig unstrittig, dass der Einstieg in die ehrenamtliche Tätigkeit nicht früh genug beginnen kann. Für weite Teile des Ehrenamtes gilt, dass sie erst mühsam wieder aufgebaut werden müssen, weil sie während der Corona-Pandemie praktisch zum Erliegen gekommen sind.

Beim Schreiben dieser Rede habe ich eine Kaffeetasse der Landesschülervertretung vor mir mit einem Zitat des chinesischen Philosophen Laozi: „Verantwortlich ist man nicht nur für das, was man tut, sondern auch für das, was man nicht tut.“ Das ist ein gutes Motto für die Notwendigkeit des Ehrenamtes. Aus dem politischen Tun wissen wir allerdings, dass es einen langen Atem braucht, um insbesondere Jugendliche zum Ehrenamtlichen Wirken zu animieren. Insofern sind wir sehr gespannt, ob ihr Ansatz auch eher verborgen agiert und damit unbemerkt bleibt.

In den Haushalt für 2021 haben Sie 100.000 Euro für dieses „Schuljahr des Ehrenamtes“ eingestellt mit Verlängerung im nächsten Jahr. Da lag die Erwartung nahe, dass die Koalition beziehungsweise die Landesregierung wüssten, was sie mit diesen 100.000 Euro eigentlich anstellen wollen.

Und jetzt kommt die Koalition und beantragt, was mit diesem Geld eigentlich geschehen soll. Entweder hat das Bildungsministerium bisher seine Hausaufgaben nicht gemacht oder die Koalitionsfraktionen gießen einmal wieder das, was die Regierung ohnehin vorhat, in einem Antrag.

Man darf auch fragen, ob jährlich 100.000 Euro für eine Vielzahl von Projekten, die der Natur der Sache nach nicht zentral vorgegeben, sondern an den einzelnen Schulen entwickelt werden müssen, auch nur annähernd auskömmlich sind. 100.000 Euro beinhalten bei einer Teilnahme aller Schulen übrigens nur rund 120 Euro pro Schule, da wird die Schlagkraft Ihres Vorhabens doch schon sehr übersichtlich.

Aber gut: besser spät als nie, und besser wenig als gar nichts! Der Maßnahmenkatalog in Ihrem Antrag ist richtig. Es ist sicher eine gute Idee, wenn Schulen in Schleswig-Holstein mit Partnerschulen in den Überschwemmungsgebieten von Rheinland-Pfalz und Nordrhein-Westfalen zusammenarbeiten.

Es ist auch richtig, dass die Schülerinnen und Schüler, die sich im Ehrenamt engagieren, dafür auch ein positives Feedback erhalten, einschließlich der Auslobung eines Preises und der öffentlichen Präsentation von besonders vorbildlichen Aktivitäten.

Das sollte dann aber auch da stattfinden, wo Ehrenamt und Schule sich unmittelbar begegnen, nämlich bei der Schülerversammlung. Die Ausstattung der Landesschülerversammlung ist schwach und die der Landeselternvertretungen ein schlechter Witz. Da sollte die Landesregierung erstmal üben, was Ehrenamt heißt.

Die SPD-Fraktion wird dem Antrag der Koalition zustimmen, aber wir werden uns auch über die Legislaturperiode hinaus ansehen, ob dieses Kampagnenjahr tatsächlich etwas bewirkt hat.“

i.V.
Felix Deutschmann